

Stenographischer Bericht

49. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

VII. Periode — 6. August 1974

Inhalt:

Verhandlungen:

Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 961, der Abgeordneten Aichhofer, Buchberger, Dr. Dorfer, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Prof. Dr. Eichtinger, Feldgrill, Dipl.-Ing. Fuchs, Haas, Dr. Heidinger Jamnegg, Koiner, Univ.-Prof. Dr. Koren, Lackner, Lind, Marczik, Neuhold, Nigl, Dr. Piaty, Pölzl, Pranch, Pörtl, Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Schrammel, Seidl, DDr. Stepantschitz, Ing. Stoisser und Trummer, über die vorzeitige Auflösung des Steiermärkischen Landtages.

Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Hermann Schaller (1837).

Redner: Landeshauptmann Dr. Niederl (1837), Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (1840), Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz (1843).

Annahme des Antrages (1844).

Beginn der Sitzung: 10 Uhr.

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Der Landtag ist eröffnet.

Es findet heute die 49. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden VII. Gesetzgebungsperiode als außerordentliche Tagung statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, besonders die Mitglieder der Landesregierung.

Die heutige Tagesordnung betrifft den Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 961, der Abgeordneten Aichhofer, Buchberger, Dr. Dorfer, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer, Prof. Dr. Eichtinger, Feldgrill, Dipl.-Ing. Fuchs, Haas, Dr. Heidinger, Jamnegg, Koiner, Univ.-Prof. Doktor Koren, Lackner, Lind, Marczik, Neuhold, Nigl, Dr. Piaty, Pölzl, Pranch, Pörtl, Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Schrammel, Seidl, DDr. Stepantschitz, Ing. Stoisser und Trummer, über die vorzeitige Auflösung des Steiermärkischen Landtages.

Berichterstatter ist Abg. Dipl.-Ing. Hermann Schaller. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Schaller: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Abgeordneten Aichhofer, Buchberger, Doktor Dorfer, Dr. Eberdorfer, Prof. Dr. Eichtinger, Feldgrill, Dipl.-Ing. Fuchs, Haas, Dr. Heidinger, Jamnegg, Ing. Koiner, Präsident Dr. Koren, Lackner, Lind, Marczik, Neuhold, Nigl, Dr. Piaty, Pölzl, Pranch, Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Schrammel, Seidl, Dr. Stepantschitz, Ing. Stoisser und Trummer haben in der Landtagssitzung vom 3. Juli 1974 den Antrag auf vorzeitige Auflösung des Landtages eingebracht.

In der Begründung zu diesem Antrag wird ausgeführt: Der förderale Aufbau unseres Staates verlangt

nach einer fortgesetzten Mitverantwortung aller Staatsbürger. Damit wird eine lebendige Demokratie gewährleistet. In eigenständigen Wahlgängen spiegelt sich die Verschiedenartigkeit der Probleme wider, über die die Wähler jeweils entscheiden, daher wird seit zwei Jahrzehnten in der Steiermark der Wahltermin so festgesetzt, daß eine Überschneidung der Landtagwahl mit Bundes- oder Gemeinderatswahlen nicht stattfindet. In diesem Zusammenhang ist vor allem darauf zu achten, daß sich Wahlkämpfe über eine möglichst kurze Zeitspanne erstrecken, um die sachliche Arbeit, die im Interesse der Bevölkerung zu leisten ist, nicht zu stören. Nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehende schwierige Budgeterstellung für 1975 und die Verminderung der Ertragsanteile für das laufende Budgetjahr ist es dringen geboten, möglichst rasch einen neuen Landtag zu wählen, damit wichtige wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen nicht im Schatten von Wahlterminen fallen müssen. Die nunmehr beginnende und bis 15. Oktober 1974 andauernde tagungsfreie Zeit erscheint im besonderen für die Vorbereitung und Durchführung eines Wahlganges geeignet.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Steiermärkische Landtag beschließt gemäß § 10 Abs. 2 des Landesverfassungsgesetzes 1960, LGBl. Nr. 1 seine Auflösung.

2. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, gemäß § 10 Abs. 4 des Landesverfassungsgesetzes 1960, LGBl. Nr. 1 Wahlen auszuschreiben.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich am 3. Juli mit diesem Antrag befaßt, namens des Ausschusses stelle ich den Antrag auf Annahme.

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir sind mitten im Sommer zu dieser Landtagssitzung zusammengekommen, nicht um Wahlkampfstimmung in diesem Hause zu erzeugen, dazu ist ja der Landtag nicht da, sondern es sind andere Plätze und Gremien, um sie nach eingehender Prüfung, Aussprache und Diskussion zu bitten, die Auflösung des Landtages zu beschließen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Menschen in unserem Lande sind sicher mit etwas anderem beschäftigt, entweder mit ihrem Existenzkampf, seien es die Bauern, die Wirtschaftstreibenden oder die Arbeitnehmer, oder mit der Bewältigung von Katastrophen, die gerade in diesen Wo-

chen in unserem Lande hereingebrochen sind, oder sie genießen ihren verdienten Urlaub. Nun, da die Bevölkerung das Ganze in unserem Lande verkörpert und wir nur Beauftragte, und zwar befristet Beauftragte dieser Bevölkerung sind, ist es unsere Pflicht, auch bei einer solchen Diskussion, wie sie heute hier in der Erklärung der Klubobmänner stattfindet, die Solidarität und die Verbundenheit mit unseren Landsleuten in Stadt und Land in den Vordergrund zu stellen, mit aller Dringlichkeit ersuche ich daher die Landtagsparteien und solche, die es noch werden wollen, eröffnen Sie nicht vorzeitig den Wahlkampf. Es genügt ohnedies schon, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie wir wissen, daß die Gerüchtesbörse in Gang gesetzt und mit barem Geld finanziert wird, daß Gerüchte in die Welt gesetzt werden, die heute weit über das Land hinweggestreut sind und im übrigen wird im Herbst genügend Zeit sein, sich gerade mit diesen Dingen, die parteipolitische Dinge sind, auseinanderzusetzen. Dieses Ersuchen soll nicht den bevorstehenden Wahlkampf verniedlichen, das möchte ich damit gar nicht sagen, schließlich geht es darum, welche politische Kraft die Hauptverantwortung in diesem Lande tragen soll und welcher Geist dabei den Ausschlag gibt.

Die Gründe für die kurzfristige Vorverlegung der Landtagswahl wurden schon mehrmals, jetzt vom Berichtersteller, ausgesprochen, und ich möchte es noch einmal in einem Satz zusammenfassen: kurzer und nicht aufwendiger Wahlkampf. Ich bin gerne bereit, über Wahlkampfkosten und auch über die Durchführung des Wahlkampfes mit den anderen politischen Parteien zu verhandeln. Es ist ein Zeitplan, der die Arbeit nicht behindert und ein fundiertes Budget 1975 ermöglicht. Es ist ein eigenständiger steirischer Wahlkampf und keine Überschneidung mit allfälligen Bundeswahlen, die Auseinandersetzung mit Landesproblemen und soll es nicht ein Zufluchtsuchen sein. Eines bedauere ich sehr, das möchte ich gleich sagen, daß es trotz Bemühungen nicht gelungen ist, die Zustimmung aller Landtagsparteien für den vorgesehenen Wahltermin zu erhalten. Die Suche nach Übereinstimmung wurde mir nicht leicht gemacht. Von erhobenen Führungsansprüchen bis zur vorgefaßten Meinung reichten meine Informationen, die in der Öffentlichkeit immer wieder vorangetragen wurden. Trotzdem habe ich den persönlichen Einsatz und manches Opfer nicht gescheut, um einer gemeinsamen Beschlußfassung den Weg zu ebnen. Wenn die Tür von den Gegnern dieses Wahltermines zugeschlagen wurde, so hoffe ich sehr, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß dies doch nur aus taktischen Überlegungen geschehen ist und nicht etwa deswegen, weil die in Österreich so brüchig gewordene Gemeinsamkeit etwa in der Steiermark nicht gewollt sein sollte. Schließlich waren wir immer am besten beraten, wenn das politische Klima im Lande von den Überlegten und nicht von den Eiferern bestimmt wurde.

Es wird jedoch noch viel Programmatisches und Praktisches im bevorstehenden Wahlkampf zu hören sein. Und ich sage Ihnen gleich, das ist gut so. Die Volkspartei mit ihrem Modell Steiermark

hat das Tor zu einer sachlichen Diskussion aufgemacht und die anderen Parteien sind gefolgt, und ich hoffe, daß diese demokratische Auseinandersetzung für unser Land und seine Menschen fruchtbar gemacht wird. Es wäre aber falsch, den Hintergrund zu verdecken, vor dem sich die steirischen Wahlen, wie jeder Wahlgang in Europa, vollzieht. Wir leben, und das ist sicher klar hervorgekommen, in einer im Wandel begriffenen Gesellschaft. Es stehen sich nicht, wie gerne behauptet wird, fortschrittliche und weniger fortschrittliche Kräfte gegenüber, das Spektrum ist wesentlich breiter und läßt sich doch auf einen vereinfachten Nenner bringen. Haben wir noch die Chance, meine sehr verehrten Damen und Herren, genügend Raum für alle Arten geistiger Kultur, für moralischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt zu sichern oder werden sich unsere Lebensbedingungen so verschlechtern, daß neue Klüfte entstehen. Diesmal nicht mehr zwischen Arm und Reich sondern zwischen den Leistungswilligen und solchen, die auf Kosten eines Anderen leben wollen. Es gilt daher besonders in dieser Zeit, der Öffentlichkeit reinen Wein einzuschenken, daß nicht alles gefordert und gleichzeitig erfüllt werden kann, und was als seriöse Politik im Interesse der Bevölkerung zu werten ist.

Übersehen wir eines nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Schlimmste sind unerfüllte Hoffnungen. Sie nagen schließlich an unserem demokratischen System und regen nur dazu an, den Ruf zu verstärken, es wieder einmal mit anderen Staatsformen zu probieren. Für uns sollte kein Zweifel darüber bestehen. Es gibt genügend Gründe, besorgt zu sein, daß gewisse Pfade der Wiener Politik an dem vorüberführen, was Leben und Zukunft für ein Land bedeuten. Deshalb die Bekräftigung unserer Gesinnung auf den föderalen Aufbau unseres Staates.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Grüßen wir doch in dieser Stunde alle Bundesländer, gleichgültig, von wem sie geführt werden, denn die Länder bilden schließlich unser Österreich. In einer Zeit, wo zentralistische Regime um eine Föderalisierung und Regionalisierung ringen, ist es den Bundesländern aufgetragen, das hervorzubringen, was unsere Republik braucht. Wir sollten uns in Erinnerung rufen, daß es die Bundesländer gewesen sind, die das Vaterland, die Republik Österreich, nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut haben.

(Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Neue Ideen, frischen Geist und echten demokratischen Gesinnungsgeist bringen immer wieder die Bundesländer.

Zentral geführte Staaten überlegen bereits, Sektionen ihrer Ministerien in einzelne Landesteile und kleinere Städte zu verlegen. Was würde es zum Beispiel ausmachen, wenn der Staatssekretär für Bergbauernfragen in Graz oder Innsbruck seinen Sitz hätte —, sozusagen in der Nähe der Probleme, die zu bewältigen sind. Und denken wir weiters an die Widersprüchlichkeit, der wir nicht

ausgesetzt sein dürfen, sondern die uns mannhaft und auch aufgeschlossen antreffen muß. Das Parlament hat kürzlich das Forderungsprogramm der Bundesländer teilweise akzeptiert. Diese Tatsache ist anzuerkennen. Wenn aber im selben Zuge die Bundesländer durch die ORF-Reform enteignet werden, dann werden Bruchlinien nicht nur sichtbar, sondern auch spürbar. Der heutige Tag dient nicht dazu, etwas vorwegzunehmen, was noch zu sagen ist —, ein Grundsatz soll jedoch ausgeführt werden:

Weder ein kleinlicher Separatismus noch primitive Komplexe sollen hochgespielt oder gar Selbstbewußtsein mit Hochmut verwechselt werden. Und niemand in diesem Hohen Hause hat es notwendig, in diese Niederungen hinabzusteigen.

Es möge bei aller Verschiedenheit gelingen, den steirischen Weg mit dem Blick auf das Notwendige und Mögliche für die Zukunft darzustellen und deutlich die Alternativen zu umreißen, damit wir gemeinsam erfolgreich sind, wenn es gilt, die steirische Heimat aus dem Sog nachteiliger Entwicklungen so gut es geht herauszuhalten.

Sehen wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, doch die Untiefen rings um uns. Unsere erste Verantwortung gilt diesem Land und dann erst Parteien und Interessengruppen.

Wir dürfen auch davon ausgehen, daß in der zu Ende gehenden Legislaturperiode in diesem Hohen Haus viele Gesetze und Beschlüsse gefaßt wurden, die einer modernen Politik förderlich sind.

Ich danke dir, Herr Landtagspräsident, für deine Amtsführung und deine Repräsentanz, die die steirische Volksvertretung durch dich erfahren hat. Du hast damit unserem Land Geltung verschafft und Ehre gemacht.

Bedanken will ich mich auch noch bei allen Damen und Herren des Hohen Hauses für die Zustimmung und auch die Kritik, die die Arbeit der Landesregierung immer wieder gefunden hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Für Ihre Arbeit in Ihren politischen Gremien und in den sonstigen Gremien, in denen Sie vertreten sind, ebenfalls herzlichen Dank. Die Vertreter von Presse und Rundfunk haben unsere Arbeit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Nehmen Sie die Überzeugung mit, daß wir immer das Beste gewollt haben und dennoch all der Unzulänglichkeit ausgesetzt sind, der auch öffentliche Amtsträger nicht entinnen können.

Auch für die Zukunft möchte ich eine Erklärung abgeben: Wir werden weiterhin nicht von dem Geist beherrscht sein — was diese Welt uns auch bietet, um eines kurzfristigen Vorteiles willen auszuhebeln. Die Arbeit von Regierung und Landtag soll in ein Gewebe eingefügt sein, welches alle Formen des Lebens einbezieht und in Maße erheben, die nicht Stillstand, sondern Entwicklung bedeuten. Anständigkeit, Fairneß und Wahrhaftigkeit sollen uns auf diesem Wege begleiten. Die Befolgung dieser Grundsätze hat sich noch immer besser gelohnt als all die bewußten Vergiftungen, die unser öffentliches Leben immer wieder

gestört und der Bevölkerung Schaden gebracht haben. Unser unablässiges Streben soll neben der Verwirklichung von Sachproblemen der steirischen Zukunft gelten. Diese Zukunft soll nicht total reglementiert und gelenkt, sondern von Freiheit und Gerechtigkeit erfüllt sein. Der humane Fortschritt und nicht der Kampf aller soll dabei Pate stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es lebe unser Heimatland Steiermark und es lebe die Gemeinschaft der selbstbewußten Steirer, die wir wieder stärken und kräftigen wollen.

Ich möchte Ihnen noch eines sagen: Ich mag eines persönlich nicht und das ist die Demagogie, die Verhinderung zum Schaden der Bevölkerung aus parteipolitischen Gründen heraus, das sind echte Unwahrheiten, um den politischen Gegner schlecht zu machen oder Unterstellungen, die einfach nicht stimmen.

Mir wird oft nachgesagt — ich sage das hier ganz offen —, daß ich da und dort zu kollegial mit sozialistischen Vertretern und auch mit anderen Personengruppen bin und daß ich zu nachgiebig bin, wenn Wünsche auch von anderen politischen Vertretern hervorgebracht werden.

Ich möchte Ihnen dazu ganz klar eines sagen: Ich sehe nur die Bevölkerung dieses Landes und mir ist es ganz gleich, ob Wünsche für die Bevölkerung von sozialistischen, freiheitlichen oder Volksparteivertretern an mich herangetragen werden.

(Beifall bei der OVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir sollen uns eines merken, nämlich, wenn wir heute aus dieser Landtagsstube herausgehen, daß wir uns eines — auch im härtesten Wahlkampf — zu erhalten haben: daß wir wahrhaftig bleiben, so daß wir auch weiter arbeiten können. Wenn man versucht, den einen oder anderen zu diffamieren oder zu vernichten, sei es mit offener oder unterschwelliger Propaganda, dann kann man dagegen nichts machen. Ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, werde es nicht dulden in meiner eigenen Partei, daß Vertreter der gegnerischen Partei unterschwellig, diffamierend und demagogisch angegriffen werden (Beifall bei der OVP); sei es in bezug auf eine Krankheit oder sei es in bezug auf andere Dinge.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit solchen Dingen soll man sich nicht spielen, das sage ich Ihnen hier ganz klipp und klar. Es gibt genug sachliche Dinge, mit denen wir uns auseinandersetzen haben.

Und eines sei noch am Schluß gesagt: Was immer in den nächsten Monaten auch geschieht, eines muß uns sehr klar sein: Wir müssen uns auch nach dem 20. Oktober hier wieder in die Augen schauen können. Denn diese Steiermark, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört nicht der einen oder anderen Gruppe, gehört nicht der einen oder anderen Partei, diese Steiermark gehört uns allen. (Lebhafter Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Adalbert Sebastian.

Ich erteile ihm das Wort.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian:

Herr Präsident, Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren!

Unsere steinische Landesverfassung sieht vor, daß sich der Landtag auflösen kann. Es ist diese Bestimmung sicherlich seinerzeit zu dem Zwecke in die Verfassung aufgenommen worden, wenn das Hohe Haus durch irgendeinen Anlaß arbeitsunfähig wird, oder wenn man glaubt, daß die in diesem Hohen Hause vertretenen Parteien keine fruchtbare Arbeit mehr leisten können, dann die Möglichkeit gegeben ist, vor die Bevölkerung hinzutreten, sie neu wählen und entscheiden zu lassen, wie das Kräfteverhältnis hier, in diesem Landesparlament, verteilt sein sollte. Die Frage ist nur, wie wird es gemacht, wie wurde es gemacht. Und die zweite Frage ist, aus welchen Gründen dieser Auflösungsantrag gestellt wurde und das dritte ist, wie wurde er gestellt. Und damit, meine Damen und Herren, möchte ich mich vorerst befassen.

Wenn ich die Rede des Herrn Landeshauptmannes Revue passieren lasse, dann frage ich mich, warum wird überhaupt aufgelöst. Wir haben volle Einmütigkeit, es wird der Appell an uns gerichtet, niemanden zu diffamieren. Ich muß sagen, ein bißchen spät. So ist es nicht, wie Sie das sagen, aber da werde ich zum Schlusse darauf zu sprechen kommen.

Wenn Sie, verehrter Kollege und Landeshauptmann Dr. Niederl, bedauern, daß es zu keiner gemeinsamen Auflösung gekommen ist und sagen, Sie haben sich um diese Gemeinsamkeit bemüht, werde ich Ihnen auch noch die Antwort darauf geben. Ich möchte aber eingangs einmal feststellen, daß es auch mit der Wahrhaftigkeit, von der hier jetzt so viel gesprochen wurde, jedenfalls nicht im Zusammenhang mit der Antragstellung, seine Richtigkeit hat. Denn es ist (dokumentarisch durch Presseäußerungen, durch Äußerungen in Massenmedien beweisbar, daß Sie, Herr Landeshauptmann, erstmals am 23. Oktober 1973 gesagt haben, daß eine Vorverlegung von Wahlen nicht in Frage kommt, daß Sie bei Ihrem Urania-Vortrag vom 25. Oktober 1973 das gleiche gesagt haben und daß Sie stereotyp das ganze Frühjahr d. J., auf die Frage angesprochen, bei Interviews erklärt haben, es gibt keine Vorverlegung der Wahlen, es gibt keine sachlichen Gründe dafür im Landtag, die Zusammenarbeit ist gut. Ich muß sagen, meine Damen und Herren, wir haben doch eine Vielzahl von sehr entscheidenden Gesetzen gemeinsam beschlossen. Also die sachliche Grundlage ist für die vorzeitige Auflösung nicht gegeben, Sie selbst haben es immer wieder betont, Herr Landeshauptmann! Ich könnte Presseaussendungen zitieren und ich habe darüber hinaus eine Mappe, wo sie gesammelt sind. Ich erinnere Sie an eine Presseaussendung am 26. April aus einer Sitzung von Ihnen, wo die Landesparteileitung der ÖVP am 26.

April mitgeteilt hat, daß vorzeitige Landtagswahlen überhaupt kein Thema sind, über das man sprechen sollte.

Erst am 22. Juni erklärten Sie, Sie könnten es sich vorstellen, daß man wählt, aber man müsse die Bundespräsidentenwahl abwarten, aber vorzeitige Wahlen wären für Sie keine Überraschung. Am 23. Juni, Herr Landeshauptmann, am Schlusse, nach dem Ergebnis der Bundespräsidentenwahlen, als wir beide vom Rundfunk interviewt wurden, haben Sie erklärt, daß Sie an sich überhaupt nie von vorzeitigen Wahlen gesprochen hätten und daß das immer nur die anderen getan hätten. Auf die Frage des Interviewers, welche anderen, sagten Sie: Na ja, die Presse, die Massenmedien. Aber Sie würden die übrigen Parteien einladen, mit Ihnen über dieses Problem zu sprechen. Ich habe damals beim Interview gesagt, ich freue mich, von Ihnen zu hören, daß überhaupt daran gedacht ist, mit uns darüber zu reden. Und wir haben dann für den 25. Juni vereinbart, ein solches Gespräch zu führen, und Sie haben jetzt gesagt, es täte Ihnen leid, daß von den anderen Parteien die Türe zugeschlagen worden sei. Auch hiezu muß ich sagen, das stimmt mit Ihrem Appell zur Wahrhaftigkeit nicht überein, Herr Landeshauptmann! Denn Sie haben mich am 25. davon in Kenntnis gesetzt, daß Ihre Partei daran denkt und es auch wünscht, mit uns gemeinsam einen solchen Auflösungsantrag zu stellen.

Ich habe Ihnen gesagt, ich nehme das gerne zur Kenntnis, ich werde meine Parteigremien damit befassen und ich werde Ihnen — ich glaube, es war der 2. Juli — dann darauf Antwort geben. Ich unterstreiche das ganz bewußt, weil Sie vom Türzuschlagen gesprochen haben. Schon einen Tag nach unserem Gespräch haben Sie Ihren „Treffpunkt Landeshauptmann“ im Knittelfeld gehabt und haben dort erklärt, am 20. Oktober wird gewählt und am selben Tag hat die steinische Presse von der ÖVP die Presseaussendung bekommen, daß am 20. Oktober gewählt wird. Nicht wir haben die Tür zugeschlagen, nicht wir haben nicht mit Ihnen weiterverhandelt, sondern Sie haben uns vor die vollzogene Tatsache gestellt. Es war für mich von Haus aus klar, daß die FPÖ mit Ihnen mitgeht. Das ist in diesem Bündnis, das Sie hier in Graz geschlossen haben, mit drinnen. Wir konnten gar nicht mehr ja sagen, sondern Sie haben uns ein Diktat aufoktrozieren wollen. Nehmen Sie zur Kenntnis, Herr Landeshauptmann, diktieren lassen wir uns als die zweitstärkste und große Partei in diesem Haus von niemandem. (Beifall bei der SPÖ.)

Darf ich Ihnen noch aus meiner langjährigen Erfahrung sagen, daß das unter Ihrem Vorgänger, einem Landhauptmann Krainer, nie der Fall gewesen wäre, daß man eine so große Partei einfach vor die Tatsache stellt, daß gewählt wird, obwohl es keine sachlichen Gründe, wie von Ihnen selbst dargestellt, dafür gibt. Ich muß also feststellen, Herr Landeshauptmann, daß sich Ihre Auffassung gewandelt hat und daß Sie mit Ihrer Auffassung eine Metamorphose durchgemacht haben, nachdem Sie zuerst immer erklärt haben, es wird nicht vor-

zeitig gewählt. Sie sagten in Ihrer Rede, man solle nicht den Eiferern folgen, sondern man solle jenen folgen, die sehr überlegt handeln und alle Probleme bedenken. Ich unterstreiche das. Unser Land, die Steiermark, aber auch die Republik, ist immer dann gut gefahren, wenn sich zwischen den Parteien zwischenmenschliche Beziehungen abgespielt haben, wenn sich die Amtsträger in der Demokratie menschlich etwas zu sagen hatten und wenn es Brücken gegeben hat zwischen ihnen.

Aber auch diese Brücken bestehen nicht mehr. Wenn ich denke, daß wir uns seit Ihrem Amtsantritt vielleicht zweimal getroffen haben, und da haben Sie mir mitgeteilt, daß der und der für eine Auszeichnung vorgesehen wäre. Das waren so ziemlich alle Dinge, die wir besprochen haben. Es ist nicht so, wie Sie das jetzt am Ende dieser Funktionsperiode hinstellen wollen. Ich sehe ein, Herr Landeshauptmann, daß manche Dinge unangenehm sind, aber immerhin ist es doch so für den Außenstehenden, daß wir uns des Gefühls nicht erwehren können, daß man aus Ihrem Verhalten schließen könnte, daß die Tatsache, daß nun doch vorzeitig gewählt wird, innerparteiliche Fragen in der ÖVP sind, daß Sie den Eiferern unterlegen sind und gezwungen wurden, Ihre Auffassung zu ändern und daß Sie von Ihrer vorherigen Auffassung abgegangen sind. Ich habe das Gefühl, daß Sie nicht der Bestimmende, nicht der Führende, sondern der Bestimmte und Geführte in dieser Sache sind.

(Heiterkeit bei der ÖVP. — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Wir wollen hier keinen Wahlkampf führen!“)

Schauen Sie, das Wahlkampfführen haben Sie schon lange begonnen.

(Landeshauptmann Dr. Niederl: „Nein, im Landtag nicht!“)

Hier hilft nichts, Herr Kollege. Das ist eine Feststellung der Tatsache, warum es zur Sinnesänderung bei Ihnen gekommen ist. Ich habe gesagt, was man daraus für Schlüsse ziehen könnte. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das steht Ihnen zu!“) Natürlich, das sage ich auch. Und ich sage Ihnen noch mehr, Herr Landeshauptmann, und damit auch Ihrer Partei.

Sie haben sich mit Ihrem Verhalten einen rein parteipolitischen, einen parteitaktischen und einen wahltaktischen Vorteil sichern wollen. Sie haben immer gesagt, daß nicht gewählt wird, haben aber alles dazu vorbereitet und dann uns sozusagen überrumpelt. Nachdem wir auch ein bißchen von der Politik verstehen, haben wir uns halt nicht überrumpeln lassen.

Ich möchte noch einmal sagen: Sie können sicherlich als Landeshauptmann alle diese Dinge sagen — das ist Ihr gutes Recht. Aber ich glaube eben auch, daß die steirische Bevölkerung ein Recht darauf hat, von dem von uns allen gewählten Landeshauptmann, vom ersten Repräsentanten des Landes, die Wahrheit zu erfahren, daß er beabsichtigt, die Wahlen vorzuverlegen —, und nicht mehr als ein dreiviertel Jahr hindurch immer davon zu sprechen, daß nicht gewählt wird, um dann doch, ab-

rupt, ohne Verhandlungen zu führen, diesen Wahltermin festzusetzen. Das ist nach unserer Auffassung das Recht der steirischen Bevölkerung, richtig informiert zu werden.

Ich habe von Anfang an, meine Damen und Herren, als diese Frage an mich herangetragen wurde, erklärt, daß wir keine sachlichen Gründe zur vorzeitigen Auflösung sehen und daß die Bevölkerung mit Recht erwartet, daß dieses Haus, das für eine Funktionsperiode von fünf Jahren gewählt wurde, sachliche Arbeit leistet, daß kein permanenter Wahlkampf geführt werden sollte und daß wir aus parteipolitischen und parteitaktischen Gründen einer Vorverlegung der Wahlen nicht zustimmen werden.

Wir haben, meine Damen und Herren, deshalb erst vor einigen Jahren die Funktionsperiode auf fünf Jahre verlängert, um eine Grundlage für sachliche Arbeit zu haben. Erwarten Sie, meine Damen und Herren, daher nicht, daß wir, nämlich die Sozialistische Partei, Verständnis für vermutliche Machtkämpfe innerhalb Ihrer Partei aufbringen und daß wir bereit sind, Ihnen auf Ihrem Wege zu folgen auf Kosten der Arbeiten, die hier noch gemacht werden könnten und vor allen Dingen auf Kosten der steirischen Bevölkerung, die vorzeitig wieder einen Wahlkampf über sich ergehen lassen muß.

Nun, meine Damen und Herren, zum gestellten Antrag:

Sie sind alle Parlamentarier und hatten also Gelegenheit — nachdem Sie sich die vorzeitige Auflösung sehr wohl überlegt haben —, wenn Sie gewollt hätten, einen Antrag zu stellen, dessen sachliche Begründung zumindest unankämpfbar gewesen wäre. Aber dieser uns heute vorgelegte Antrag bzw. dem Landtag eingebrachte Antrag ist für mich eine weitere Begründung für die Selbstherrlichkeit, für die Selbstgefälligkeit und auch für die Überheblichkeit der ÖVP in diesem Hause.

Sie behaupten in diesem Antrag, der letztlich der Presse, dem Rundfunk und der ganzen Bevölkerung zur Kenntnis gelangt ist, nicht mehr und nicht weniger, als daß seit zwei Jahrzehnten in der Steiermark die Wahlen immer so festgelegt wurden, daß sie unabhängig von Bundes- und Gemeinderatswahlen durchgeführt wurden.

Das ist unrichtig, meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß wir bis zum Jahre 1953 immer gemeinsam mit dem Nationalrat gewählt haben. (ÖVP: „Dann sind es halt 19 Jahre!“) Haben Sie Geduld, meine Damen und Herren. Sie werden Gelegenheit haben, dann mit mir nachzurechnen.

Wir haben 1957 das erste Mal getrennt von den Nationalratswahlen gewählt, wir haben dann 1961 getrennt gewählt und 1965. Von 1957 bis 1965 sind acht Jahre vergangen und nicht zwei Jahrzehnte. Denn 1970, meine Damen und Herren, haben wir nur mit 14 Tagen Unterschied zu den Nationalratswahlen gewählt und es hat Sie nicht gestört, gleichzeitig einen Wahlkampf zu führen, weil Sie damals die Alleinregierung gestellt haben und Sie sich davon, daß der Wahlkampf mit der Nationalratswahl zugleich abgeführt wird, einen Erfolg versprochen haben. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Es

ist also rechnerisch unrichtig und es ist sehr oberflächlich und auch unrichtig in der Sache, meine Damen und Herren. (Abg. Nigl: „Jetzt wissen wir, warum er mit dem Schulpack abgebildet ist!“) Außerdem kommt in diesem Antrag zum Ausdruck, daß man einen kurzen Wahlkampf führen müsse. Wer hindert uns, meine Damen und Herren, daran, — das ist doch eine Frage des Übereinkommens der Parteien —, wenn die Wahlen so ausgeschrieben werden müssen, daß rechtzeitig zum Ablauf der Funktionsperiode der Landtag wieder zusammentritt, zu vereinbaren, daß das ein möglichst kurzer Wahlkampf werden sollte??

Und noch etwas muß ich zu diesem Antrag sagen, was ich — so glaube ich — schon im Jahre 1960 gesagt habe:

Die Begründung, daß es um die Erstellung des Budgets des Landes gehe, ist keine stichhaltige. Denn ich glaube, daß ich 1960 hier gesagt habe, daß es eine hohe Auszeichnung für den Landtag darstellt, wenn der Landtag trotz der Tatsache, daß Wahlen vor der Tür stehen — weil wir ja immer im Februar/Anfang März gewählt haben —, seiner großen Verpflichtung, der Budgeterstellung, nachkommt und die sachbezogene Beratung über die politischen Auseinandersetzungen stellt. Wir haben es auch immer getan und es gibt keinen Grund dafür, anzunehmen, daß es diesmal nicht geschehen wäre.

Die vorzeitige Auflösung einer gesetzgebenden Körperschaft ist — nach unserer Auffassung — ein so wichtiges und weittragendes Ereignis, daß die ganze steirische Bevölkerung davon berührt wird. Sie hat daher auch ein Recht darauf, eine volle und ausreichende Information und auch eine richtige Begründung, warum dieses Haus nach Hause geschickt wird, zu erhalten. Die Begründung, die hier im Antrag enthalten ist, ist nicht ausreichend und ist nicht richtig. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Und Ihre nicht zutreffend!“) Ich muß sagen, daß, wenn hier versucht wird, das zu kaschieren, es für eine schlechte Sache schwer ist, gute Worte zu finden. (Abg. Aichhofer: „Das müßt ihr dem Kreisky sagen!“)

Meine Damen und Herren! Es wird wieder einmal peinlich vermerkt, daß wir den Führungsanspruch erhoben haben. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Nicht peinlich!“) Jawohl, Herr Landeshauptmann, wir sind davon überzeugt, 30 Jahre werden es nächstes Jahr sein, während der die konservative Partei in diesem Lande die Mehrheit hat. Wir werden, da bin ich mit Ihnen einer Meinung, Gelegenheit haben, im Wahlkampf uns gewisse Dinge zu sagen, der Bevölkerung zu sagen, was falsch war und was versäumt wurde. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Und was wichtig war!“) Das werden wir auch sagen. Wir haben ja viel gemeinsam gemacht. Wenn Sie es auch sagen, dann wird es passen. (Heiterkeit. — Abg. Nigl: „Da werden wir beim Sozialhilfegesetz anfangen — beim Landesrat Gruber!“)

Daher, meine Damen und Herren, werden wir vor die Bevölkerung hintreten und diesen Führungsanspruch anmelden, nicht um der Ausübung der

Macht willen, sondern um unsere Vorstellungen im Interesse der steirischen Bevölkerung verwirklichen zu können. Wenn aber die Frage gestellt wird, warum wir jetzt die Chance nicht ergreifen, dann muß ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, weil wir eben die Grundsatztreue zu der von uns abgegebenen Erklärung und Haltung höher schätzen als parteipolitische und parteitaktische Vorteile. (Beifall bei der SPO.)

Nachdem es nur mehr eine so kurze Zeitspanne ist bis zur Wahl und sachliche Gründe zur Auflösung nicht gegeben sind, werden wir uns nicht bereit finden, Ihrem Antrag, der aus den von mir dargelegten Gründen gestellt wurde, zuzustimmen.

Nun lassen Sie mich zum Schlusse ein paar Betrachtungen zu dem anstellen, was Sie gesagt haben und von dem Sie glauben, daß das heute gesagt werden sollte.

Herr Landeshauptmann, die Forderung der Bundesländer ist 11 Jahre alt und wurde gestellt, als wir das zweite Notopfer im Jahre 1963 an den Bund leisten mußten. Es hätten Koalitionsregierungen und es hätte die OVP-Alleinregierung in der Hand gehabt, dieses Forderungsprogramm zu verwirklichen. Es ist nicht geschehen. Es ist der sozialistischen Alleinregierung vorbehalten geblieben, dieses Forderungsprogramm zu verwirklichen. (Beifall bei der SPO.)

Ich bin mit Ihnen einer Meinung und das trifft für die ganze Sozialistische Partei zu, und ich verbürge mich auch dafür, daß wir, wenn wir in den Wahlkampf gehen, dessen eingedenk sein sollen, daß wir uns nach dem 20. Oktober hier wiederum treffen werden, jedenfalls jene Damen und Herren, die gewählt werden, und daß wir daran denken sollen, daß wir nach dem 20. Oktober hier wiederum gemeinsam für die steirische Bevölkerung die Verantwortung zu tragen haben werden. Ich erinnere an das, was ich bereits im Herbst 1972 gesagt habe. Ich begrüße es, daß sich die Parteien Programme gegeben haben, Sie das Modell, wir die Leitlinien und die FPÖ — ich glaube — die Formel Steiermark, weil ich gehofft habe, daß es möglich sein müsse mit diesen Programmen, sich sachlich über die Probleme dieses Landes auseinanderzusetzen, daß man sich in den Wettstreit begibt und den Menschen sagt, wie wir uns die Lösung der Probleme vorstellen. Dabei wird es viel Gemeinsames geben, wie es auch in den Programmen zum Ausdruck kommt, weil es um das gleiche Land, um die gleichen Menschen geht. Es gibt sicherlich auch parteipolitische Grundsätze, wie man es verwirklicht. Aber wenn Sie sagen, man soll keine Hoffnungen wecken, weil nichts schlechter sei als enttäuschte Hoffnungen, dann muß ich sagen kämmen Sie Ihr Programm durch, denn da haben Sie eine Vielzahl von Hoffnungen erweckt. Wenn ich nur an Ihren Hafen in Graz denke mit Anschluß an das Meer! Es ist nur eines der Probleme. Wir werden auch darüber noch reden. Ich war dabei beim Arbeitsgespräch, wie Sie verwundert gesagt haben, „So etwas gibt's, das haben wir gar nicht gewußt“ und dann war es im Programm. Das wird Gegenstand der Auseinandersetzungen im Wahl-

kampf sein, wenn wir uns sachlich über die Verwirklichung dessen unterhalten werden, was wir uns vorstellen.

Ich möchte zum Schluß sagen. Wir können uns alles an den Kopf werfen, und es ist auch schon geschehen. Es ist immer wieder der Versuch unternommen worden, den anderen als den Dummen und Bösen hinzustellen, der nichts anderes im Sinn hat als dem Land zu schaden. Letztlich werden wir uns selbst schaden, denn die frei gewählten Abgeordneten in der Demokratie haben ein hohes Maß an Verantwortung im Interesse der Bevölkerung, für die sie hier Sprecher sind, für die sie hier tätig sind, zu tragen. Tragen wir, meine Damen und Herren, wenn wir heute auseinandergehen, im Wahlkampf dazu bei, daß das Ansehen und die Würde des Landtages und des einzelnen Abgeordneten und der Repräsentanten dieses Landes nicht geschmälert wird im Feilschen um Stimmen. (Lebhafter Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Abgeordnete Bürgermeister DDr. Götz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Frage ist mehrmals angeschnitten und aus der Sicht der Parteien beantwortet worden, ob es für den vorliegenden Antrag auf Auflösung des Landtages sachliche Gründe gibt. Vielleicht einen, meine Damen und Herren, der allerdings nicht ausgesprochen wurde, vielleicht jenen Grund, der in der nicht ausreichenden Finanzierbarkeit der außerordentlichen Gebarung liegt. Allerdings muß ich sagen, daß ich nicht ganz erkennen kann, ob eine vorzeitige Auflösung des Landtages die finanzielle Liquidität zu verbessern in der Lage ist. Aber vielleicht wäre dies ein Grund. Ansonst gibt es sicher von der Materie des Landtages her keine sachlichen Gründe, nachdem ja letztlich eine ganze Reihe brennender Fragen oder zumindest rechtlich wichtiger Fragen unerledigt geblieben sind bzw. in Gesprächen und Beratungen zwar einen Schritt weitergebracht, aber noch nicht zur Beschlußreife herangebracht werden konnten. Ich erinnere hier nur an die lang diskutierte Änderung der Geschäftsordnung, der Landesverfassung, der Wahlordnung usw.

Es ist mehrmals sowohl vom Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl wie vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian an die Wahrhaftigkeit appelliert worden. Nun glaube ich, ist es keine schlechte Idee, diesen Appell zum Teil zumindest in die Tat umzusetzen. Die Wahrhaftigkeit in der Frage der Auflösung des Landtages liegt doch dort, daß die Mehrheit der Regierung, die ÖVP-Mehrheit, sich eine bessere Wahl im Herbst 1974 erwartet, ebenso wie sich ein Bundeskanzler Kreisky eine bessere Wahl im Jahr 1971 erwartet hat oder ein Landeshauptmann Kéry im Burgenland eine solche durch vorzeitige Auflösung des burgenländischen Landtages. Ich sage das ohne Spitze. Ich sage es nur mit der Feststellung, daß ein entsprechender Überhang an Stimmen, sprich

Mehrheit, natürlich auch die Möglichkeit bietet, eine vermeintlich günstige Stunde zur Wahlstunde zu erklären. Ob das zielführend ist auf Sicht gesehen in allen Gebietskörperschaften, in allen gesetzgebenden Körperschaften, das wage ich zu bezweifeln. Ich wage es deshalb zu bezweifeln, weil letztlich eine solche günstige Stunde im Laufe von vier Jahren immer wieder auftreten kann und wird und weil letztlich dann der permanente Wahlkampf das Endziel einer solchen Entwicklung sein wird. Ich möchte nicht behaupten, daß ein permanenter Wahlkampf unbedingt, wenn er sich nur in der Gegenüberstellung von Sachprogrammen erschöpfen würde, abzulehnen wäre. Ich glaube aber nicht, daß eine ständige Plakatwerbung, eine ständige, nicht ganz umfassende Information, die gegeben wird, daß das für eine sachliche Arbeit weder in den Landtagen noch im Nationalrat nützlich ist.

Ich glaube, daß ich den Standpunkt der Freiheitlichen Partei ausführlich zu begründen habe. Aber es wäre doch paradox, wollte eine Fraktion, die nicht in der Exekutive, nicht in der Regierung vertreten ist, daher auch nicht Regierungsverantwortung trägt, eine Regierung oder eine Regierungsmehrheit veranlassen, ja zwingen sollte, weiterzuarbeiten und damit selbst die Chance, verstärkt im neuen Landtag mitgestalten zu können, hinauszuschieben. Wir Freiheitlichen haben daher, wo immer die Frage der Vorverlegung von Wahlen zur Diskussion stand, solchen Vorverlegungen zugestimmt.

Und das, meine Damen und Herren, glaube ich, unterscheidet uns sowohl von der Sozialistischen Partei als auch von der Österreichischen Volkspartei, die da oder dort, je nach eigener Utilität ihre Zustimmung, ihr „Ja“ oder ihr „Nein“ ausgesprochen hat. Wenn eine Regierung oder eine Regierungsmehrheit nicht mehr weiter kann oder nicht mehr weiter will, werden wir Freiheitliche sie nicht daran hindern, eine Wählerentscheidung herbeizuführen, auch dann nicht, wenn — wie ich schon betont habe — eine Reihe von wesentlichen Fragen offengeblieben sind — ich nenne hier nur, weil doch von besonderem Interesse für die gesamte steirische Bevölkerung, auch jene Ergänzungen der Landesverfassung, die einen Ausfluß der direkten Demokratie darstellen, wie: Volksbefragung, Volksbegehren, Volksabstimmung. Es ist daher verständlich — und das nicht nur, weil wir es in der „Formel Steiermark“ so gefordert haben —, daß die Freiheitlichen einen geeigneten Weg suchen und auch finden werden, vor gesetzlicher Beschlußfassung über diese Materie eine entsprechende Befragung der steirischen Bevölkerung durchzuführen.

Es gibt aber noch einen ganz trivialen, einen ganz simplen und für uns durchaus nicht so erfreulichen Grund, meine Damen und Herren, der für uns mitbestimmend war, diesem Auflösungsantrag unsere Zustimmung zu geben und möchte ich diesen Grund denn auch in aller Öffentlichkeit und aller Offenheit aussprechen: Das ist die Frage jener finanziellen Mittel, die für eine Wahlwerbung aufgebracht werden müssen! Meine Damen und Herren! Es mag für uns nicht schmeichel-

haft sein, aber es ist eine Tatsache, daß wir als Freiheitliche dazu nicht in der Lage sind, derartige finanzielle Mittel aufzubringen. Nehmen wir an, der Wunsch auf Auflösung des Landtages würde zurückgestellt werden und es würde im März 1975 gewählt werden. Das würde doch bedeuten — und daran besteht gar kein Zweifel —, daß von heute an — eigentlich muß man schon sagen, vom Vorjahr an — bis zum März 1975 dieser Landtagswahlkampf geführt würde; eine Tatsache, die wir als Freiheitliche finanziell nicht lösen können, das heißt, wir wären und sind dazu nicht in der Lage, solche Mittel aufzubringen, weshalb wir auch eine kurze Wahlwerbung — vergißt man all das, was an großflächigen Plakaten im Laufe des letzten Jahres zur Vorbereitung dieser Wahl schon geschehen ist — betreiben werden.

Damit, meine Damen und Herren, vielleicht ein Wort zur Wahlwerbung, das ich als Klubobmann der Freiheitlichen und als Landesparteiobmann der Freiheitlichen sagen will, und zwar nicht unter Berufung auf das, was kommen wird, nicht unter der Versicherung, daß wir einen fairen Wahlkampf führen werden, sondern unter Berufung auf das, was — von jedem leicht überprüfbar — in den letzten zwei Jahrzehnten von Freiheitlichen in Wahlkämpfen getan wurde. Es ist dabei nie eine Diffamierung, es ist dabei nie der Weg der persönlichen Verunglimpfung gewählt worden, sondern immer der der kritischen Auseinandersetzung. Wenn diese kritische Auseinandersetzung, die wir mit unserer Zielvorstellung der Steiermark in der „Formel Steiermark“ festgelegt haben — ich muß Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian nun sagen, ich glaube, es heißt bei Ihnen „Leitlinien“ und bei der ÖVP „Modell Steiermark“ — daß ich trotz meiner Bitte vor fünf Monaten, mir diese „Leitlinien“ zur Verfügung zu stellen, sie noch nicht bekommen habe — (Heiterkeit. — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ist das möglich?“) Ich habe so lange gewartet mit der Zusendung, weil ich mir gedacht habe, daß zuerst ich die „Leitlinien“ bekommen werde und dann Sie von mir die Formel. Ich schicke sie Ihnen aber früher.

Ich bin aber sehr erfreut, etwas anklingen gehört zu haben, das ich auch hier in aller Öffentlichkeit nicht untergehen lassen möchte: Landeshauptmann Dr. Nieden hat sich bereit erklärt oder hat anklingen lassen, daß er ein Wahlkampfübergang einbringen würde, auch in der Frage des Umfangs der Wahlwerbemittel.

Herr Landeshauptmann, ich darf Sie also sehr gerne einladen, und auch Herrn Landeshauptmannstellvertreter, auch auf jene (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Wir haben schon unsere Erklärung abgegeben!“ — Landesrat Bammer: „Sie wollen es dritteln, gelt?“) Vorschläge einzugehen, die wir — allerdings ohne Erfolg — seit rund einem Jahrzehnt unterbreitet haben, nämlich, die Gesamtaufwendungen — zeitlich ist es ja nicht mehr möglich —, zumindest aber die finanziellen Aufwendungen der Wahlwerbung, von September angefangen, mit einer entsprechenden Überprüfbarkeit, die wir selbstverständlich gerne ein-

zuräumen bereit sind, zu limitieren und damit also auch einen Weg einzuschlagen, von dem immer wieder behauptet wurde, er sei nicht gangbar, obwohl etwa von England Beweise dafür vorliegen, daß sowohl eine solche Überprüfung als auch eine Einhaltung derartiger Beschränkungen der Wahlwerbung möglich ist. Wir Freiheitlichen würden das deshalb gerne sehen — auch da mache ich kein Hehl daraus und das auch wieder im Zeichen der Wahrhaftigkeit —, weil unter Umständen von der Größe von Plakatformaten auf die Richtigkeit der Aussage geschlossen werden könnte, was ein großer Irrtum wäre.

Nun, meine Damen und Herren, die Freiheitlichen Abgeordneten werden dem Antrag auf vorzeitige Auflösung des Steiermärkischen Landtages zustimmen. Sie werden an die steirische Bevölkerung mit ihrer Zielvorstellung herantreten, wie diese Steiermark sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entwickeln soll, allerdings in der ehrlichen Hoffnung, daß nicht die Richtigkeit von Aussagen wiederum ohne Diskussion allein von der Zahl der Abgeordneten, die sie vertreten, abhängig gemacht wird. Denn, meine Damen und Herren, wenn die Programme der Parteien, die wir stets begrüßt haben, sinnvoll und für die Bevölkerung dieses Landes zielführend sein sollen, dann muß es auch für eine Minderheit, die den besseren Weg in dieser oder jener Frage zu gehen in der Lage ist, die Möglichkeit geben, daß dieser bessere Weg eingeschlagen wird. Das geht nur, wenn die Mehrheit oder die relative Mehrheit bereit ist, zu argumentieren und nicht sich darauf zu beschränken, abzustimmen.

Diese Hoffnung möchte ich am Ende dieser Legislaturperiode auf den neuen Landtag übertragen, wobei ich überzeugt bin, daß dieser Hoffnung am ehesten dann entsprochen wird, wenn keine dieser Parteien in diesem Landtag über eine absolute Mehrheit verfügt; eine Tatsache, die sicher auch eine Diskussion über die Frage von vorzeitigen Landtagsauflösungen etwas anders hätte gestalten können und sicher auch anders gestaltet hätte, weil die Gunst der Stunde, von der ich am Anfang sprach, nur dann auch realisiert werden kann, wenn hinter dieser Gunst der Stunde die Mehrheit einer Regierung steht, wie das hier der Fall ist.

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor und ich schreite daher zur Abstimmung und bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Geschlecht.)

Der Antrag ist angenommen.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, daß ich, bevor ich die Sitzung schließe, noch einige Worte an Sie richte. Es sind hoffentlich noch einige schöne Sommertage vor uns und ich wünsche Ihnen allen gute und erholsame Tage des Urlaubs. Nach diesen Wochen beginnt der Wahlkampf, und es wird, wie wir heute schon zwischen den Worten heraushören konnten, ein harter Wahlkampf werden.

Nun lassen Sie mich eines sagen. Ein Wort der Sorge und Verantwortung für dieses Hohe Haus. Die meisten von Ihnen werden im Herbst wieder in den Landtag einziehen und hier miteinander arbeiten müssen. Fassen wir alle, fassen Sie alle den verbindlichen Vorsatz, einen Wahlkampf zu führen, der von allem Gehässigen, von allem menschlich Diffamierenden vollständig freibleibt.

In der auslaufenden Landtagsperiode hat das Hohe Haus eine ganze Reihe höchst beachtlicher Gesetze in völliger Übereinstimmung beschlossen. Ich bitte Sie, daß der Geist, der in den fast fünf Jahren dieser Landtagsperiode in diesem Haus ge-

herrscht hat, der die gegenseitige Haltung der Abgeordneten beherrscht hat, auch in den kommenden Wochen der Auseinandersetzung lebendig bleibe. Nach der Wahl im Herbst sollen Sie — wieder auf verschiedene Bänke verteilt, aber doch als Partner — hier zusammenkommen. Für die Steiermark und den kommenden neuen Landtag ein herzhaftes steirisches Glück auf!

Die Sitzung ist geschlossen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung: 11.05 Uhr.

